

Aufzeichnung

von Herrn VLR I Horst Holthoff, Leiter des für die Schweiz zuständigen Referates im Auswärtigen Amt über das Gespräch von Herrn Bundespräsident Aubert mit Herrn Bundesausserminister Genscher am 4. Mai 1987 in Bern

Im Anschluss an das Gespräch der Bundespräsidenten vertieften Bundespräsident Aubert und Bundesminister Genscher den Meinungsaustausch über die Ost-West-Beziehungen.

Aussenminister Aubert betonte, die Schweiz verfüge nach der massiven plebiszitären Zurückweisung eines UNO-Beitritts am 16.3.1986 über nur zwei Foren zum politischen Meinungsaustausch, nämlich den Europarat und den KSZE-Prozess. Er verwies auch auf die Gründe, die es in der Schweiz unmöglich machten, sich an konventionellen Abrüstungsmassnahmen zu beteiligen; die Schweiz verfüge über ein defensives Verteidigungspotential und stelle wahrscheinlich die einzige wirklich denuklearisierte Zone in der Welt dar (keine Atomwaffen, Ausschluss einer nationalen Atomrüstung sowie Stationierung fremder N-Waffen in der Zukunft).

Die Schweiz verfolge die sowjetischen Abrüstungsvorschläge mit grossem Interesse, sei aber nicht bereit, ihnen um jeden Preis zu folgen.

Bundespräsident Aubert fragte sodann nach der Auffassung des Bundesministers des Auswärtigen über die sowjetischen Abrüstungsvorschläge und über die von der Sowjetunion eingeleitete "Liberalisierung". Es sei bedauerlich, dass Reagan just zu jenem Moment an Prestige einbüsse, in dem das Ost-West-Verhältnis in Bewegung gerate. Für die Schweiz stelle

./.



- 2 -

die Bundesrepublik Deutschland einen Pfeiler der europäischen Sicherheit dar, an deren Meinung ihr sehr gelegen sei.

Bundesminister Genscher erwiderte, die Bundesregierung engagiere sich sehr stark für eine aktive Rolle Westeuropas. Dabei gebe sie sich nicht der Illusion hin, dass eine derartige Rolle unabhängig von den USA übernommen werden könne. Wir seien mit den Vereinigten Staaten verbündet, die Schweiz nicht, ungeachtet dessen teilten die Schweiz und die Vereinigten Staaten die gleichen Grundwerte.

Als sich Ende der 60er, Anfang 70er Jahre die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten verbessert hätten, hätten wir die Gelegenheit benutzt, um auch unser Verhältnis zum Osten zu verbessern. Das Resultat seien die Ostverträge und das Berlin-Abkommen gewesen. Auch die Helsinki-Schlussakte sei ohne die erfolgte Annäherung zwischen den beiden Supermächten nicht denkbar gewesen. Dies seien wichtige Ergebnisse für Europa. Sie hätten sich auch dann als beständig erwiesen (Madrid), als sich die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten wieder verschlechterten. Aus Anlass der 750-Jahr-Feier von Berlin werde das Viermächteabkommen zu Recht in allen Reden positiv erwähnt. Auch die deutsch-deutschen Beziehungen hätten sich in diesem Kontext gut entwickelt. Im vergangenen Jahr seien 1,5 Millionen deutschen Frauen über 60 und Männern über 65 Jahren Reisen in die Bundesrepublik Deutschland gewährt worden. Gleichzeitig hätten 700'000 DDR-Bürger unter 60 Jahren die Bundesrepublik besuchen können. Das seien 2,2 Mio von insgesamt 17 Mio Einwohnern. Dieser Besucherstrom sei wichtig für das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit der einen Nation.

./.

- 3 -

Im Augenblick erlebe man eine erneute Phase der Annäherung zwischen den USA und der Sowjetunion. Welche Fortschritte seien dabei möglich? Sie dürften ganz sicher nicht zu Lasten der Sicherheit gehen. Diese Abrüstung dürfe nicht zu weniger Sicherheit und Stabilität führen. Der Bundespräsident habe in den vorangegangenen Gesprächen darauf hingewiesen, dass die LRINF-Null-Lösung auf einen westlichen Vorschlag zurückgehe. Die Sowjetunion habe seinerzeit die grossen Hindernisse auf dem Weg dorthin aufgebaut und inzwischen wieder ausgeräumt. Sie habe erstens den Wegfall der Forward Based Systems und zweitens die Einbeziehung der Dritt-Staaten-Systeme gefordert. Zu diesen "ererbten" Forderungen habe Gorbatschow noch als dritte SDI hingefügt. In dem ersten westlichen Vertragsentwurf von 1981 habe der Westen einen Aufwuchs (Vermehrung) sowjetischer INF über 1000 ausgeschlossen (constraints). Die Sowjetunion habe nun vorgeschlagen, auch den Bereich der Reichweite 1000 bis 500 km in die Null-Lösung einzubeziehen. Dies werde nun diskutiert. Der Westen werde schlussendlich zu der Frage kommen müssen, welche Rolle N-Waffen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit spielen müssten. Die N-Waffen seien für die Kriegsverhinderung nicht ersetzbar. Die Geschichte habe nämlich erwiesen, dass konventionelles Gleichgewicht nicht wirklich Kriege verhindern könne (1914). In der Kriegsverhinderung behielten die N-Waffen ihre Rolle. Hier lägen auch die Ursachen für die französischen und englischen Bedenken zur Null-Lösung. In der Bundesregierung bestünden zu diesem Komplex keine Differenzen. Ferner stelle ein weltweites C-Waffen-Verbot ein zentrales Anliegen dar. Des Weiteren müsse man in Wien zu Verhandlungen über die konventionelle Stabilität kommen. Bei der konventionellen Ueberlegenheit des Ostens komme es weniger auf die Zahl der Soldaten an - wie vordergründig geltend gemacht

./.

- 4 -

werde - sondern tatsächlich auf die Zahl der Panzer, der Artillerie, der Flugzeuge und der Kampfhelikopter. Ausschlaggebend seien das strategische Konzept und die strategischen Möglichkeiten. Bei der Sowjetunion seien sie offensiv, während die NATO lediglich zur Vorverteidigung und nach Strategie und Ausrüstung nicht zu raumgreifenden Operationen fähig sei. Hier liege übrigens ein grosses Vertrauenskapital des Westens gegenüber dem Osten. Zur Art der Bewaffnung und in der Stationierung komme noch als unveränderbarer Faktor die geographische Disparität. Wir ständen bei der Frage nach konventioneller Stabilität vor komplizierten Verhandlungen. In der Frage der Einbeziehung der N + N Staaten in die konventionellen Rüstungskontrollverhandlungen seien wir näher bei Frankreich als bei den Vereinigten Staaten. Die N + N Staaten verfügten über ein höher entwickeltes Verständnis für die konventionelle Komponente als manche unserer Verbündeten. Für das europäische Interesse seien die N + N daher gute Ratgeber. Festzuhalten sei aber auch, dass die Vereinigten Staaten in der Stationierung von 300'000 Mann in Europa grosses Verständnis für die Stabilitätsprobleme in Europa zeigten. Mit dieser Stabilität unterstrichen die USA ihr Interesse an Westeuropa; die USA betrachten Westeuropa als ihre Sache. Ferner sei zu beachten, dass in den Reichweitenbereichen 1000 - 500 km die USA über keine N-Waffen verfügten, wohl aber die Sowjetunion über ca. 130 Einheiten.

Was die neuere Entwicklung in der Sowjetunion angehe, habe er sich dazu in Davos geäußert. Er habe darauf hingewiesen, dass die Sowjetunion ein besserer Partner für den Westen werde, wenn sie das durchführe, was sie angekündigt habe. Er scheue sich aber - schon als Liberaler - von "Liberalisierung" zu sprechen. Er ziehe den Begriff "Oeffnung" vor. Gor-

./.

- 5 -

batschow könne keinen anderen Weg gehen. Tschernobyl habe ihm vor Augen geführt, dass das Monopol der sowjetischen Führung zerbrochen sei. Bisher hätten die "Zaren" entschieden, was das Volk wissen dürfe. Ueber Tschernobyl habe die sowjetische Bevölkerung aber durch die westlichen Medien Kenntnis erhalten. Für die sowjetische Regierung sei danach nur noch die Frage gewesen, wie man den Vorfall erkläre. Dies sei eine fundamentale Veränderung. In der DDR etwa sähen 85 % der Bevölkerung das Fernsehprogramm aus der Bundesrepublik. Aehnliches gelte für die Sowjetunion auf dem Gebiet des Rundfunks. Die Kenntnisnahme westlichen Fernsehens sei bloss eine Frage der Zeit. Der Marxismus habe die Regel aufgestellt, dass die Produktionsbedingungen das Bewusstsein verändern. Dies sei in der Tat richtig, bloss seien die Veränderungen in der Sowjetunion stärker als bei uns. Die neue Technologie entleere die grossen Fabrikhallen, die Individualisierung des Arbeitsprozesses täte ihr übriges. Ein Informationsausschluss sei für die Sowjetunion nicht mehr möglich. Im Unterschied zu seinen Vorgängern sei sich Gorbatschow dessen bewusst. Ihnen müsse es Sorge bereiten, dass der Westen technologisch davon eile. Ein Blick auf Peking, das Moskau stets im Auge behalten müsse, zeige, dass dort eine durchaus produktive Entwicklung vonstatten ginge. Es müsse die Sowjets erschrecken, wenn der deutsche Postminister sich in China für Raketen zur Verbringung von Satelliten in den Weltraum umsehe. Es stelle sich die Frage, ob Gorbatschow eine wirkliche Modernisierung der Sowjetunion durchführen könne, ohne den Kern der kommunistischen Ideologie schrittweise in Frage zu stellen. Er, der Bundesminister, glaube, dass dies nicht möglich sei. Gorbatschow werde unausweichlich an Stellen kommen, wo er sich gezwungen sehe, über seinen eigenen Schatten zu springen. Die Frage für den

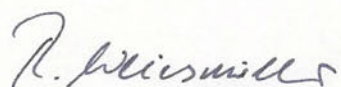
./.

- 6 -

Westen laute, ob ihm eine Sowjetunion, die sich abschliesse oder eine offene, lieber sei? Die Sowjetunion sei durchaus in der Lage, in bestimmten Schneisen Hochleistungen (Rüstungsbereich) zu erzielen; sie lasse sich also nicht in die Knie rüsten. Es sei ein verantwortungsbewusster Dialog und Abrüstung vonnöten. Dies müsse uns klar bleiben. Nach Auffassung des Bundesministers stehen wir vor einer günstigen Entwicklung, die der Westen mit langem Atem und grosser Geduld nutzen könne.

Frau Bundesrätin Kopp fragte nach der innerpolitischen Stellung Gorbatschows. Der Bundesminister vermutet, dass die oberste Führung sich abwartend verhält. Sie trägt die Entscheide Gorbatschows mit.

Auf die Frage Staatssekretär Blankarts nach den systembedingten Grenzen der Zusammenarbeit westlicher Unternehmungen mit der Sowjetunion äussert sich der Bundesminister auch skeptisch zur gegenwärtigen Kooperationsfähigkeit sowjetischer Unternehmungen.



(Rudolf Weiersmüller)

Aufzeichnung

von Herrn VLR I Horst Holthoff, Leiter des für die Schweiz zuständigen Referats im Auswärtigen Amt über das Gespräch von Herrn Bundespräsident Aubert mit Herrn Bundespräsident von Weizsäcker am 4. Mai 1987 in Bern

Bundespräsident Aubert leitete das Delegationsgespräch mit dem Hinweis ein, es komme traditionell dem Gast zu, die Thematik der Unterredung zu bestimmen.

Bundespräsident von Weizsäcker dankte für die Einladung zum Staatsbesuch, trotz der Schweizer Regel, pro Jahr nur einen Staatsbesuch zu empfangen, habe seit Bundespräsident Lübke jeder seiner Vorgänger der Schweiz einen Staatsbesuch abgestattet. Was die Thematik angehe, so seien die deutsch-schweizerischen Beziehungen so ausgezeichnet, dass man sich nicht mit Bilateralem aufzuhalten brauche. Im Mittelpunkt ständen vielmehr zunehmend Fragen, die, da man sich im selben Boot befinde, gemeinsam angegangen werden müssten. Uns sei daher daran gelegen, über die von schweizerischer Seite benannten Themen Ausländersituation und Umweltschutz zu sprechen.

Als drittes Thema böten sich noch die West-Ost-Beziehungen an. Bei den beiden erstgenannten Themen, Ausländerpolitik und Umweltschutz, seien die deutschen und schweizerischen Auffassungen eng beieinander. Wir hätten die Verschärfung der ausländer- und asylrechtlichen Vorschriften und die Volksabstimmung darüber mit Interesse verfolgt und festgestellt, dass die Schweiz etwas konsequenter in ihrer Haltung sei.

Frau Bundesrätin Kopp erläuterte die Schweizer Haltung. Er-

- 2 -

reicht worden sei eine bessere administrative Lösung; die Grundproblematik bleibe unverändert; letztere stelle sich in der Tat für Deutschland und die Schweiz in ähnlicher Weise. Die Schweiz strebe eine Verknüpfung der Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik mit der Flüchtlingsfrage an. Dabei suche sie die Zusammenarbeit im europäischen Rahmen. Sie wäre dankbar, wenn auch der Bundesminister mit all seiner Kreativität nach dauerhaften Lösungen suchen könnte.

Der Bundespräsident erwiderte, Deutschland und Schweiz seien Magneten für Flüchtlinge. Er stimme dem grundsätzlichen Gedanken zu, erst keine zu Flüchtlingsströmen führende Situation eintreten zu lassen. Dies sei zwar die beste, allerdings aber auch die am schwersten erreichbare Lösung. Sie erfordere nämlich eine Einflussnahme auf interne und äussere Entwicklungen.

Bundesrätin Kopp bezog sich auf das Beispiel Sri Lanka und plädierte für eine Unterstützung der Flüchtlingslager. Der Bundesminister verwies auf die deutsche Flüchtlingsinitiative, die versuche, das Uebel an der Wurzel zu packen. Dies sei aber nur dann erfolgversprechend, wenn die UNO ihre Rolle wahrzunehmen in der Lage sei. Bei Afghanistan beispielsweise seien es externe Einwirkungen, bei anderen wiederum interne und etwa bei Kambodscha eine Kombination von externen und internen Faktoren. Dort, wo die UNO etwas leisten könne, wie in Aethiopien, sei es leichter.

Bundespräsident von Weizsäcker schilderte seine Erfahrungen aus seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin und verwies auf die lange Verfahrensdauer und verbrecherische Praxis der Schlepper. Bundesrätin Kopp erklärte, die

./.

- 3 -

Schliessung des Berliner Lochs habe auch auf die Schweiz positive Auswirkungen gehabt. Dennoch weise der Flüchtlingsstrom, hauptsächlich Türken, Tamilen und Iraner, eine hohe Steigerungsrate auf. Daher die Bemühungen, die Verfahrensabläufe zu verkürzen. Das habe zu einer Polarisierung in der Schweiz geführt. Einerseits wachse die Fremdenfeindlichkeit, andererseits aber auch die Kritik am Staat seitens linker Kreise und der Kirchen, die Privatasyl gewährten und zu zivilem Ungehorsam aufriefen. Die Schweiz habe immerhin einen Ausländeranteil von 15 % ohne Einbeziehung der Asylbewerber.

Bundespräsident von Weizsäcker erläuterte, dass bei uns die Fremdenfeindlichkeit etwas im Abnehmen begriffen sei. Die Türken seien bei uns allerdings keine Asylbewerber, sondern Arbeitnehmer. Ihre Integrationsbereitschaft habe nicht abgenommen.

Die Umweltproblematik werde man in Basel besprechen. Er wolle aber jetzt schon darauf hinweisen, dass er sich dieser Diskussion keineswegs schweren Herzens stelle. Im Gegenteil, er zolle der generellen Einstellung der Schweiz zu Umweltfragen höchsten Respekt.

Die Ost-West-Beziehungen habe Bundespräsident Aubert und er in den Ansprachen bereits angesprochen. Er und der Bundesminister werden in wenigen Wochen nach Moskau reisen. Der militärische Bereich ist nicht "die einzige Gesprächswährung" mit der Sowjetunion.

Generell können wir unsere eigenen Abrüstungsvorschläge nicht desavouieren. Der KSZE-Prozess verfüge in der Schluss

./.

- 4 -

akte über eine gesunde Grundlage.

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'R. Weiersmüller'.

(Rudolf Weiersmüller)



SCHWEIZERISCHE VERTRETUNG
REPRÉSENTATION SUISSE

in/à B o n n

E D A
Politische Direktion

VERTRAULICH

an	BRE	SIN					
Datum	4.11.						
Visa	4						
EDA		04. NOV. 1987					
Ref.	p. B. 15.51. A. 9. (2).						

Ihr Zeichen
Votre référence

Ihre Nachricht vom
Votre communication du

Unser Zeichen
Notre référence

Datum
Date

061.41(1)

2.11.1987

331.0 - WE/os

Gegenstand / Objet

Staatsbesuch Bundespräsident von Weizsäckers
im Mai 1987
Aufzeichnung von Gesprächen

Sie finden in der Beilage den Wortlaut der beiden Gesprächsaufzeichnungen (Bundespräsident Aubert mit Bundespräsident von Weizsäcker und Aussenminister Genscher), die der Leiter des für die Schweiz zuständigen Referats im Auswärtigen Amt, Herr Holthoff, nach dem Besuch für seinen Minister verfasst hat.

Die Notizen sind etwas ausführlicher als unsere, und sie geben, wie zu erwarten, die deutschen Gesichtspunkte - namentlich jene von Aussenminister Genscher - in den Einzelheiten wieder.

Selbst wenn nun schon ein halbes Jahr verflossen ist, sind die Texte der Lektüre wert.

Ich bitte um Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich um interne Papiere des Auswärtigen Amtes handelt.

Der Schweizerische Botschafter
i.A.

R. Weiersmüller

R. Weiersmüller

Beilagen erwähnt

- 2 -

Kopie mit Beilagen an:

- Sekretariat von Herrn Bundespräsident Aubert
- Sekretariat von Frau Bundesrätin Kopp
- Sekretariat von Herrn Bundesrat Cotti
- Herrn Staatssekretär Brunner
- Herrn Staatssekretär Blankart
- Herrn Vizekanzler Casanova, Bundeskanzlei
- EDA, Politische Abteilung I
- EDA, Politisches Sekretariat
- EDA, Direktion für internationale Organisationen
- EDA, Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, Herrn Giovannini
- EVD, BAWI, Herren Botschafter Corti und Lévy
- EVD, BAWI, Westeuropadienst
- Delegierter für das Flüchtlingswesen (wegen Ausländer- und Flüchtlingsthema)
- EJPD, Bundesamt für Ausländerfragen (wegen Ausländer- und Flüchtlingsthema)
- EDA/EVD, Integrationsbüro